

II-9016 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4436/18

1993-03-10

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Sondermüllverbrennung

Gemäß Abfallwirtschaftsplan sollen in Österreich zwei Sondermüllverbrennungsanlagen entstehen: im Zentralraum Wien sowie in Zeltweg. Nach einem ersten Flop beim Versuch ein HTV-Industriegelände in Linz zu errichten, plant nun die ASA eine Sondermüllverbrennungsanlage am AMAG-Gelände in Ranshofen bei Braunau.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Entspricht die Planung der ASA, im Raum Ranshofen/Braunau eine Sondermüllverbrennungsanlage zu errichten, den Intentionen des Abfallwirtschaftsplanes, indem der Zentralraum Linz als entsprechender Standort ausgeführt ist?
2. Gemäß Abfallwirtschaftsgesetz § 5 sollen die entsprechenden Reststoffdeponien im Nahebereich der Sondermüllverbrennungsanlagen errichtet werden. An welchem Standort ist deshalb die zur Sondermüllverbrennungsanlage Ranshofen gehörige Reststoffdeponie geplant?

3. Die ASA schreibt in ihrer Werbezeitschrift *Blickpunkt* am Jahresbeginn 93 auf Seite 3, daß mit 100 %iger Sicherheit ausgeschlossen werden könne, daß Reststoffe in Braunau gelagert werden. Schließt sich die Umweltministerin diesem sehr dezentrierten Standpunkt der ASA für die gesamte Region Braunau an?
4. Auf Grund der Tatsache, daß im Bereich Ranshofen das größte Wasserreservoir des Innviertels liegt, wurde erst vor kurzem der Standort Braunau für eine Bezirkshausmülldeponie abgelehnt. Hält die Umweltministerin es für möglich, daß am gleichen Standort eine Sondermüllverbrennungsanlage mit entsprechenden großen Lagerkapazitäten genehmigt wird?
5. Welches Lager mit welchen Kapazitäten ist beim ASA-Sondermüllverbrennungsprojekt Ranshofen/Braunau geplant?
6. Der Umweltministerin wurden Ende Februar 33 000 Unterschriften von Anrainern des geplanten Projektes überreicht. Welche Maßnahmen wird die Umweltministerin als Konsequenz dieses massiven Bürgerwiderstandes setzen?
7. Hält die Umweltministerin eine Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für absolut erforderlich?
8. Wie werden derzeit die Rückstände der EBS entsorgt? In welchen Mengen fallen sie an, welche Untersuchungsbefunde über ihre Toxizität liegen vor und wohin/ wurden die Rückstände in den Jahren 1988 - 1992 jeweils entsorgt?